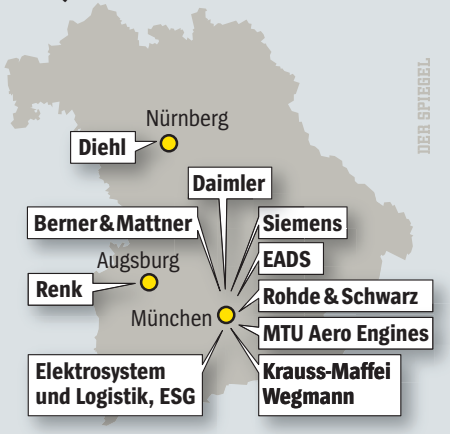
BUNDESWEHR

Rütteln am Sparziel

Guttenberg, Seehofer

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Wichtige Rüstungsstandorte in Bayern



DER SPIEGEL

Im Streit über die Sparziele der schwarz-gelben Koalition bekommt Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) Rückendeckung vom bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. „Der Verteidigungsminister hat meine uneingeschränkte Unterstützung, wenn er sagt, er kann die geforderten acht Milliarden Euro Sparbeitrag bis zum Jahr 2014 nicht aufbringen“, sagt der CSU-Chef. Eine umfassende Reform wie die der Bundeswehr sei nicht zum Nulltarif zu haben. „Außerdem kann es Bayern keinesfalls akzeptieren, dass es einen Kahlschlag bei den Bundeswehrstandorten gibt.“ Seehofer fürchtet, dass viele der über 60 bayerischen Kasernen bedroht wären, wenn Guttenberg die in der Koalition vereinbarten Sparziele umsetzen müsste. Außerdem möchte der Ministerpräsident dafür sorgen, dass weiter Geld für Rüstungsaufträge in Bayern fließt. So entwickelt der EADS-Konzern in Seehofers Heimatregion Ingolstadt die Drohne „Talarion“. Seehofer drängt darauf, dass die Bundeswehr das unbemannte Flugzeug bestellt. Guttenberg hatte deutlich gemacht, dass er nicht bereit ist, die in der Koalition vereinbarten Sparauflagen zu erfüllen. Er hat sich damit nicht nur den Unmut von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zugezogen. Auch Kanzlerin Angela Merkel ließ klarstellen, dass an den Sparzielen nicht gerüttelt werden dürfe.

FACHKRÄFTEMANGEL

Union will junge Europäer anwerben

CDU und CSU wollen im Kampf gegen den Fachkräftemangel verstärkt Jugendliche aus europäischen Schuldenländern wie Portugal oder Spanien nach Deutschland locken. Über entsprechende Pläne beriet jüngst eine Gruppe von Innen-, Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitikern der Union. „Es gibt im Süden und Osten Europas viele arbeitslose Jugendliche, die dringend einen Job suchen“, sagt Fraktionsvize Michael Fuchs. Favorisiert wird der Plan auch deshalb, weil die Europäische Union in diesem Jahr die volle Freizügigkeit für Erwerbstätige einführt. Die können dann ohne gesetzliche Beschränkung EU-weit Jobs annehmen. „Es ist besser, die Arbeitskräfte aus Europa zu holen, als erneut das Zuwanderungsgesetz für Migranten aus anderen Weltregionen zu ändern“, sagt der CSU-Sozialpolitiker Max Straubinger. Die Bundesregierung könne Werbeaktionen der Wirtschaft flankieren. Auch Kanzlerin Angela Merkel steht dem Vorhaben aufgeschlossen gegenüber. Sie will das Thema auf die Tagesordnung der nächsten deutsch-spanischen Regierungskonsultationen setzen.

NAFTALI HILGER / LAIF

Jugendliche in Madrid